

Zu den zukünftigen  
Herausforderungen  
der Volkspartei

## Das Ganze im Blick haben

Tamara Zieschang

Die Idee der Volkspartei, also einer politischen Bewegung, zu der sich Männer und Frauen aus allen Regionen des Landes und aus allen sozialen Schichten und Gruppen auf der Grundlage gemeinsamer Wertüberzeugungen zusammenschließen, ist allen Unkenrufen zum Trotz immer noch modern. Volksparteien ist eine ausgleichende gesellschaftliche Kraft immanent, der bei der Bewältigung zukünftiger gesellschaftspolitischer Herausforderungen eine entscheidende Bedeutung zukommen wird.

Die Wahlergebnisse der Volkspartei SPD und teilweise auch der Volkspartei CDU scheinen eine andere Sprache zu sprechen: Die SPD erzielte bei der letzten Bundestagswahl nur noch dreiundzwanzig Prozent der Stimmen. Seitdem nähert sie sich in bundesweiten Umfragen nicht einmal der Dreißig-Prozent-Marke an. Und auch die Union, die bundesweit bei der Zahl ihrer Mitglieder zwar vor der SPD liegt und bei der Sonntagsfrage rund fünfunddreißig Prozent Zustimmung erhält, droht in den großen Städten teilweise zur politischen Randerscheinung zu werden. Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass sowohl die Union als auch die SPD auf Länderebene trotz eines Fünf-Parteien-Systems auch heute immer noch Wahlergebnisse über vierzig Prozent zu erzielen vermögen.

Im Übrigen ist das gegenwärtige Erscheinungsbild der Volksparteien CDU und SPD keinesfalls die Antwort auf die Frage, ob sich die Idee der Volkspartei überlebt hat. Es ist allenfalls Anlass für

die Frage, ob Union und SPD dem an sich selbst gestellten Anspruch, Volkspartei zu sein, noch gerecht werden.

Wieso also ist die Idee der Volkspartei unverändert aktuell? Zunächst einmal können die Mitgliederzuwächse bei den Grünen und ihr (zumindest in den Umfragen erkennbares) Erstarren durchaus als Indiz dafür gesehen werden, dass die Grünen auf dem Weg zu einer neuen Volkspartei sind. Jedenfalls deutet beides darauf hin, dass es ein Bedürfnis der Bürgerinnen und Bürger nach Parteien gibt, die nicht nur Klientelpolitik betreiben, sondern die Breite und Vielfalt der Gesellschaft reflektieren. Vor allem aber sind es die großen gesellschaftspolitischen Herausforderungen, die die politische Agenda der nächsten Jahre dominieren werden und erhebliches Konfliktpotenzial in sich bergen, die lebendige und moderne Volksparteien unverzichtbar machen – nicht zuletzt um ein Erstarren von extremen Kräften zu verhindern.

### Volksparteien sind Spiegelbild der Gesellschaft

Die Volkspartei CDU hat in der Vergangenheit grundlegende politische Richtungsentscheidungen durchsetzen können und hierfür (trotz öffentlichen Gegenwinds) im Ergebnis breite Zustimmung in der Bevölkerung erfahren. Hierzu zählten die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft und die Westbindung ebenso wie die europäische Einigung und die Einführung des Euro. Wieso war das so?

Volksparteien spiegeln im Gegensatz zu Klientelparteien oder Interessengruppen die breite Meinungsvielfalt und die divergierenden Interessen der Gesellschaft wider. Die Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse innerhalb der Volksparteien sind insoweit stets ein Spiegelbild gesellschaftspolitischer Diskussionsprozesse. Die Mitglieder in den Volksparteien tragen gleichsam stellvertretend für die Bürgerinnen und Bürger gesellschaftliche Debatten in den eigenen Gremien aus; umgekehrt finden sich die Bürgerinnen und Bürger mit ihren Meinungen in diesen Diskussionsprozessen wieder. Dies ist auch heute noch so: Die muntere familienpolitische Debatte in der Union in der letzten Legislaturperiode hat die gesamte Bandbreite familienpolitischer Vorstellungen von weiten Teilen der Gesellschaft aufgezeigt, in der Vertreter eines Patchwork-Familienbildes genauso zu Wort kamen wie diejenigen, die eine erfolgreiche Familienpolitik vor allem daran messen, dass sich ein Elternteil rund um die Uhr der Kindererziehung widmet. Am Ende dieser Debatte standen die Einführung des Elterngeldes und das Bekenntnis zu einer qualitativen und quantitativen Stärkung der frühkindlichen Bildung. Beide Entscheidungen werden heute von einem breiten gesellschaftlichen Konsens getragen.

Die Vielfalt der Meinungen auch innerhalb der Volkspartei CDU führt zwar regelmäßig zu dem Vorwurf, dass das Profil der CDU nicht klar erkennbar sei. Das Gegenteil ist der Fall: Die CDU war nie nur konservativ oder nur christlich-sozial oder nur liberal. Vielmehr kam es stets darauf an, dass sich alle drei Strömungen – ausgehend vom christlichen Menschenbild – in der CDU wiederfanden. Dies ist die Voraussetzung dafür, dass die CDU als Volkspartei der Mitte mehrheitsfähig war und ist. Hierauf beruht wesentlich die ausgleichende und integrierende Kraft der Volkspartei CDU in der Gesell-

schaft, die im Ergebnis die Umsetzung grundlegender politischer Richtungsentscheidungen überhaupt erst ermöglichte.

## Keine falschen Geschlossenheitsappelle

Insofern kommt es auch weiter darauf an, die Vielfalt der Meinungen innerhalb der CDU sichtbar zu machen, weil sich erst dadurch viele Bürgerinnen und Bürger von der Union angesprochen fühlen. Also: keine Geschlossenheitsappelle zu Beginn einer Debatte, sondern erst nach ihrem Abschluss. Erst am Ende eines Diskussionsprozesses muss eine Entscheidung stehen, die insgesamt mitgetragen und nicht gleich wieder infrage gestellt wird. Eine solche Form der Sprunghaftigkeit goutieren die Wählerinnen und Wähler nicht, wie die CSU in Bayern schmerzlich erfahren musste. Sie ist eine wesentliche Erklärung für den Absturz der SPD in der Wählergunst. Das Hin und Her der SPD bei ihrer Positionierung für und dann wider die Agenda 2010 oder auch das Projekt Stuttgart 21 stehen beispielhaft dafür.

Die Bürgerinnen und Bürger erwarten gerade von einer Volkspartei, dass auf einmal getroffene Entscheidungen auch Verlass ist. Hieran wird sich der Erfolg von Volksparteien auch in Zukunft messen lassen müssen. Denn der Wunsch der Bürgerinnen und Bürger nach Verlässlichkeit und Kontinuität bei politischen Entscheidungen wird immer deutlicher erkennbar. Mit Händen greifbar ist dies in der Schulpolitik, wo aus Sicht von Schülern, Eltern und Lehrern die Sehnsucht nach Schulfrieden mittlerweile zum höchsten bildungspolitischen Ziel avanciert ist.

Den Bürgerinnen und Bürgern ist bewusst, dass unser Land vor Herausforderungen steht, die uns nachhaltig beschäftigen werden und erhebliche gesellschaftspolitische Konfliktpotenziale in sich bergen. Zu diesen Herausforderun-

gen zählen insbesondere die demografische Entwicklung und die Sanierung der öffentlichen Haushalte. Diese Herausforderungen anzunehmen, ohne deren Konfliktpotential eskalieren zu lassen und dadurch extremen Kräften Vorschub zu leisten, wird eine der Aufgaben sein, bei denen die ausgleichende und integrierende Kraft der Volkspartei CDU gefragt ist.

## Demografische Entwicklung birgt erhebliche Konfliktpotenziale

Die Auswirkungen des demografischen Wandels sind vielfältig. Wenn die Bevölkerungspyramide auf den Kopf gestellt wird, hat dies erhebliche Auswirkungen auf die sozialen Sicherungssysteme und – schon jetzt spürbar – auf den Arbeitsmarkt.

Nachdem das letzte Jahr noch die schnellste Konjunkturwende aller Zeiten markierte und Unternehmen heute branchenübergreifend optimistisch in das Jahr 2011 blicken, zeichnet sich schon jetzt ab, dass der drohende Fachkräftemangel zum Wachstumshemmnis Nummer eins in Deutschland werden könnte. Bereits im Herbst letzten Jahres deutete sich an, dass es zunehmend mehr Ausbildungsstellen als Schulabgänger gibt, die tatsächlich ausbildungsbereit und ausbildungsfähig sind. Das wird sich in absehbarer Zeit nicht ändern. Im Gegenteil: Weil der demografische Wandel unumkehrbar ist, wird sich das Fachkräfteproblem in den nächsten Jahren insgesamt weiter verschärfen – auch wenn das Tempo dieser Entwicklung je nach Branche und auch regional unterschiedlich ausfallen wird.

Für Arbeitgeber bedeutet das einen deutlich intensiveren Wettbewerb um junge, qualifizierte Fachkräfte. Im Vorteil werden dabei die großen Städte, die Ballungszentren und Metropolregionen sein. Sie werden regionale Wanderungsgewinner sein. Damit wird zugleich die nächste durch die demografische Ent-

wicklung ausgelöste gesellschaftspolitische Herausforderung deutlich: das zunehmende Auseinanderdriften von städtischen Zentren und Teilen des ländlichen Raums, das mit der vielfach postulierten bundesweiten Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse nicht mehr viel gemein haben wird. Es kommt nicht von ungefähr, dass der frühere SPD-Verkehrsminister Wolfgang Tiefensee (erfolglos) versuchte, eine vom Ministerium in Auftrag gegebene Demografie-Studie aus dem Verkehr zu ziehen – wohl weil er den politischen Sprengstoff der Vorschläge der Wissenschaftler des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung fürchtete. Doch es hilft nicht, den Kopf in den Sand zu stecken. Nur wenn die Folgen des demografischen Wandels offen diskutiert werden, kann er gestaltet und können neue Wege beschritten werden.

Dabei wird eine Diskussion darüber, welchen Standard an Daseinsvorsorge sich unsere Gesellschaft jeweils noch leisten kann, unausweichlich sein. So wird beispielsweise der Grad der Ärzteversorgung im ländlichen Raum und in städtischen Gebieten mittelfristig nicht derselbe sein können. Hierauf muss im ländlichen Raum unter anderem durch den verstärkten Einsatz von Telemedizin reagiert werden. Dies wiederum setzt ein flächendeckend gut ausgebautes Breitbandnetz voraus. Auch im öffentlichen Nahverkehr werden sich, bedingt durch die demografische Entwicklung, je nach Region unterschiedliche Standards herausbilden. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass in ländlichen Regionen ein immer größerer Anteil aller Schüler längere Wege zur Schule zurücklegen muss. Durch die längeren Reisewege wird sich die Verkehrsleistung des öffentlichen Personennahverkehrs insgesamt trotz sinkender Schülerzahlen erhöhen. Offen ist, wie dies auf Dauer finanziert werden soll.

Fest steht, dass die Folgen des demografischen Wandels viele Lebensbereiche

berühren und einen nachhaltigen Einfluss auf die Lebensweise von weiten Teilen der Bevölkerung haben werden. Des Weiteren steht fest, dass die Auswirkungen des demografischen Wandels nur bedingt durch die öffentliche Hand abgedeckt werden können – denn Bund, Land und Kommunen sind hoch verschuldet.

## **Einstieg in den Ausstieg aus der Schuldenpolitik**

Die Lage der öffentlichen Haushalte hat sich durch die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise weiter verschärft. Immerhin: Den milliardenschweren Konjunkturpaketen wurde 2009 eine verfassungsrechtliche Schuldenbremse als Korrektiv gegenübergestellt, die Bund und Länder verpflichtet, ab 2020 keine neuen Schulden zu machen. Schleswig-Holstein hat als erstes Bundesland in der eigenen Landesverfassung eine solche Schuldenbremse verankert. Ein solcher Schritt war überfällig: Die Verschuldung des Landes Schleswig-Holstein liegt derzeit bei siebenundzwanzig Milliarden Euro. Jede Sekunde steigt die Verschuldung um weitere fünfzig Euro. Im vergangenen Jahr hat das Land eine Milliarde Euro für Zinszahlungen aufgewandt; die Steuereinnahmen lagen bei 6,6 Milliarden Euro. Das sind dramatische Zahlen. Wenn das Land Schleswig-Holstein nicht bis 2020 den Ausgleich des Haushaltes ohne Neuverschuldung erreicht, droht über kurz oder lang die völlige Handlungsunfähigkeit der Politik.

Die Landesregierung von Schleswig-Holstein hat diese Herausforderung angenommen und ein umfangreiches Konsolidierungsprogramm beschlossen. Dabei geht es nicht mehr darum, dass die Ausgaben im Landshaushalt in geringerem Umfang ansteigen als geplant. Vielmehr geht es um ein echtes Umsteuern. Schleswig-Holstein ist es mit dem im Dezember beschlossenen Doppelhaushalt 2011/12 als erstes Bundesland gelungen,

die Ausgaben im Vergleich zum Vorjahr tatsächlich zu reduzieren.

Dieser Konsolidierungskurs bringt Einschnitte, die wehtun. Denn jede Zuwendung und jede Aufgabe des Landes steht auf dem Prüfstand. So wurde das Landesblindengeld gekürzt, die Aufgabe von landeseigenen Häfen und die Einführung einer Küstenschutzabgabe beschlossen. Jede einzelne Entscheidung wurde von öffentlichen Protesten begleitet und gleichwohl getroffen, weil eine Volkspartei das Ganze im Blick haben muss und auch dem Wohl zukünftiger Generationen verpflichtet ist. Alles das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass mit dem Doppelhaushalt 2011/12 erst der Einstieg in die Rückführung der Neuverschuldung auf null bis 2020 gemacht ist – vier weitere Doppelhaushalte mit vergleichbaren Konsolidierungsanstrengungen müssen folgen und lassen die Schärfe der gesellschaftspolitischen Debatte darüber schon heute erahnen.

Die gesellschaftspolitischen Konfliktfelder, die uns in den nächsten Jahren beschäftigen werden, liegen mit den Auswirkungen der demografischen Entwicklung und mit dem Einstieg in das Ende der Schuldenpolitik von Bund, Ländern und Kommunen also auf der Hand. Politische Führungsstärke und Zukunftsfähigkeit beweist, wer diese Herausforderung offen benennt und in einen breiten Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern über deren Lösung eintritt. Die CDU ist als die große Volkspartei der Mitte wie keine andere Partei berufen, diese Aufgabe anzunehmen.

## **Den breiten gesellschaftlichen Dialog suchen**

Dies bedeutet keinesfalls, dass bei der CDU alles so bleiben kann, wie es ist. Denn die CDU kann nur dann ihre integrierende und ausgleichende Rolle als Volkspartei ausüben, wenn sie in Bezug auf ihre Mitglieder auch tatsächlich Spie-

gelbild der Gesellschaft ist. Warnendes Beispiel ist insoweit die SPD: Die Zahl der Gewerkschaftssekretäre in der SPD-Bundestagsfraktion korrespondiert auch nicht im Ansatz mit der gesellschaftlichen Lebenswirklichkeit. Insofern ist die CDU aufgefordert, permanent ihre Organisationsstruktur zu überprüfen, um für die jetzigen und vor allem auch neue Mitglieder attraktiv zu sein.

Es geht zum einen darum, dass eine Mitgliedschaft für jedes Mitglied einen erkennbaren Mehrwert in Form von mehr Informationen und direkter Partizipation an politischen Willensbildungsprozessen hat. Das heißt, Parteimitglieder dürfen wesentliche politische Informationen nicht erst aus der Zeitung erfahren. Die CDU sollte auch hier die Möglichkeiten der neuen Medien offensiv nutzen. Die Mitglieder müssen zumindest auf Kreisebene an sämtlichen Sach- und Personalentscheidungen unmittelbar mitwirken können. Schließlich sind die Mitglieder die wichtigsten Multiplikatoren für die politischen Inhalte und Überzeugungen der Partei.

Zum Zweiten geht es darum, dass die CDU stärker als bisher auf das vielfältige Engagement in Bürgerinitiativen zugeht. Eine *per se* kritische Distanz zu Bürgerinitiativen – nach dem Motto: Was wollen die denn? Über das Thema ist in den kommunalen Gremien doch längst beraten worden. – ist grundlegend fehl am Platz. Sie verkennt, dass Bürgerinitiativen vielfach erst dann entstehen, wenn die etablierten Parteien Anliegen vor Ort gerade nicht oder nur halbherzig aufgegriffen haben. Die Gründung von Bürgerinitiativen ist also oftmals eine Reaktion auf das politische Versagen der Parteien. Im Übrigen steht es gerade der CDU nicht gut zu Gesicht, wenn sie auf der einen Seite das bürgerschaftliche Engagement in Vereinen, sozialen und kulturellen Einrichtungen hochhält, es in politischen Initiativen aber nicht gleichermaßen anzuerkennen weiß.

Auf Bürgerinitiativen zuzugehen heißt keinesfalls, ihnen nach dem Mund zu reden. Es geht vielmehr um den sachlichen Dialog auf Augenhöhe. Es geht um den offenen und transparenten Austausch der Argumente. Es geht um neue Formen der Bürgerbeteiligung wie beispielsweise Dialogforen in Zusammenhang mit großen Infrastrukturvorhaben, die gesetzlich vorgeschriebene Verwaltungsverfahren flankieren. An einer wechselseitigen Sprachlosigkeit zwischen Politik auf der einen und Bürgerinitiativen auf der anderen Seite, wie sie bei Stuttgart 21 zutage trat, kann nämlich gerade die CDU kein Interesse haben. Schließlich wirft eine solche Sprachlosigkeit (im Gegensatz zur Uneinigkeit in der Sache) unweigerlich die Frage auf, ob die CDU den Bezug zu den Bürgerinnen und Bürgern verloren hat.

Wenn die CDU aktiv den offenen Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern sucht, kann sie im Übrigen auch überzeugend deutlich machen, dass Bürgerbeteiligung auch klare Grenzen hat. Bürgerbeteiligung endet jedenfalls dort, wo Gerichte abschließend entschieden haben. Alles andere würde den Rechtsstaat infrage stellen.

## Reizvolle Herausforderungen

Die Gesellschaft braucht eine starke Volkspartei der Mitte, die bei der Benennung und Lösung der vor uns liegenden zentralen politischen Herausforderungen ausgleichend und integrierend wirkt. Sie braucht eine lebendige Volkspartei der Mitte, die die Menschen mitnimmt und politische Entscheidungsprozesse transparent und nachvollziehbar macht. Eine Volkspartei kann dies nur erfolgreich leisten, wenn sie sich selbst den Bürgerinnen und Bürgern öffnet und vielfältige und neue Formen der politischen Partizipation ermöglicht. Diese reizvollen Herausforderungen anzunehmen ist Aufgabe der CDU.